

Stand: 09.04.2026 15:24:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5002

"Pflegt die Pflege! Ein Weckruf für mehr Aufmerksamkeit - auch und gerade auf Bundesebene"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/5002 vom 18.02.2025
2. Beschluss des Plenums 19/5072 vom 19.02.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 19.02.2025



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Pflegt die Pflege! Ein Weckruf für mehr Aufmerksamkeit - auch und gerade auf Bundesebene

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege eine immense Herausforderung und die große humanitäre Aufgabe unserer Zeit bleibt.

Der Landtag würdigt den unermüdlichen Einsatz der pflegenden Angehörigen, die oft die Hauptlast der Pflege und Unterstützung von hilfsbedürftigen Menschen tragen.

Deshalb bestärkt und unterstützt der Landtag – wie schon im Beschluss auf Drs. 19/3340 – die Staatsregierung in ihrem unermüdlichen Einsatz für eine umfassende Pflege-Reform, die auch und gerade die besonderen Bedürfnisse der pflegenden Angehörigen berücksichtigt.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich für die Einrichtung einer Zukunftskommission im Bund für die Pflege einzusetzen. In der Kommission sollten neben Bund und Ländern auch die Kranken- und Pflegekassen sowie Pflegeexperten und Vertreter von Pflegeanbietern mitwirken, ebenso Vertreter der Pflegeberufe und der pflegenden Angehörigen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene insbesondere im Rahmen einer Zukunftskommission weiterhin und nachdrücklich für die folgenden Punkte einzusetzen:

- mehr Prävention und Rehabilitation vor Pflege
- attraktivere Pflegeberufe
- weniger Bürokratie auf allen Ebenen
- mehr Zeit für menschliches Miteinander
- Weichenstellung für mehr Einsatz moderner Technologien

- würdevolles Leben bis zum Schluss
- finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung

Begründung:

Die Humanität unserer Gesellschaft zeigt sich darin, wie wir mit den Vulnerabelsten, den Pflegebedürftigen, umgehen. Nach Berechnungen der Barmer wird es im Jahr 2060 eine Million Pflegebedürftige in Bayern geben. 2040 dürften es knapp 870 000 sein – während es im Jahr 2023 noch gut 590 000 waren. Zudem werden die Betroffenen jeweils länger Hilfe benötigen. Der Freistaat leistet mit 8 000 neuen Pflegeplätzen und dem Landespflegegeld seinen Beitrag für die pflegerische Versorgung. Am 17. Dezember 2024 hat die CDU/CSU-Fraktion ihr Wahlprogramm für die Bundestagswahl am 23. Februar 2025 beschlossen – verbunden mit einem starken Bekenntnis zu guter Gesundheit und Pflege. Pflege darf kein Armutsrisiko sein, vielmehr sind Solidarität und Generationengerechtigkeit das Gebot der Stunde.

Wenn es um eine nachhaltige und zukunftssichere Lösung für die Pflege geht, darf es keine Denkverbote geben. Vielmehr brauchen wir eine Zukunftskommission für die Pflege. Die Soziale Pflegeversicherung in Deutschland ist ein Erfolgsmodell in der Sozialpolitik. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen braucht sie 30 Jahre nach ihrer Einführung ein Update. Dazu brauchen wir einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog über das zentrale Zukunftsthema Pflege und müssen neue Wege gehen, damit die Versorgung von Pflegebedürftigen verlässlich und bezahlbar bleibt. Ziel ist es, unter Begleitung einer Zukunftskommission Pflege zukunftsfest zu machen – unter Beteiligung aller: von Bund und Ländern, der Kranken- und Pflegekassen sowie von Pflegeexperten und Vertretern von Pflegeanbietern, ebenso von Vertretern der Pflegeberufe und der pflegenden Angehörigen. Es werden zwingend Vereinfachungen im System der Pflegeleistungen benötigt.

Gleichzeitig muss die 40-Prozent-Obergrenze für Sozialversicherungsbeiträge eingehalten werden, sodass wir deshalb mehr Steuermittel brauchen werden, da Pflege eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist und sozialen Frieden garantiert.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Dr. Andrea Behr, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Stefan Meyer, Martin Mittag, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Carolina Trautner** und **Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 19/5002

Pflegt die Pflege! Ein Weckruf für mehr Aufmerksamkeit – auch und gerade auf Bundesebene

Der Landtag stellt fest, dass die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege eine immense Herausforderung und die große humanitäre Aufgabe unserer Zeit bleibt.

Der Landtag würdigt den unermüdlichen Einsatz der pflegenden Angehörigen, die oft die Hauptlast der Pflege und Unterstützung von hilfsbedürftigen Menschen tragen.

Deshalb bestärkt und unterstützt der Landtag – wie schon im Beschluss auf Drs. 19/3340 – die Staatsregierung in ihrem unermüdlichen Einsatz für eine umfassende Pflege-Reform, die auch und gerade die besonderen Bedürfnisse der pflegenden Angehörigen berücksichtigt.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich für die Einrichtung einer Zukunftskommission im Bund für die Pflege einzusetzen. In der Kommission sollten neben Bund und Ländern auch die Kranken- und Pflegekassen sowie Pflegeexperten und Vertreter von Pflegeanbietern mitwirken, ebenso Vertreter der Pflegeberufe und der pflegenden Angehörigen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene insbesondere im Rahmen einer Zukunftskommission weiterhin und nachdrücklich für die folgenden Punkte einzusetzen:

- mehr Prävention und Rehabilitation vor Pflege
- attraktivere Pflegeberufe
- weniger Bürokratie auf allen Ebenen

- mehr Zeit für menschliches Miteinander
- Weichenstellung für mehr Einsatz moderner Technologien
- würdevolles Leben bis zum Schluss
- finanzielle Stabilität der Sozialen Pflegeversicherung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Carolina Trautner

Abg. Roland Magerl

Abg. Andreas Hanna-Krahl

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Thomas Zöllner

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und

Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Thomas Zöllner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Pflegt die Pflege! Ein Weckruf für mehr Aufmerksamkeit - auch und gerade auf

Bundesebene (Drs. 19/5002)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Carolina Trautner, CSU-Fraktion, das Wort.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute gibt es einen Dringlichkeitsantrag zum Thema Pflege. Warum? – Weil das Thema dringlich ist und weil es vor der Bundestagswahl noch einmal explizit in den Mittelpunkt gerückt werden muss, weil die Menschen da draußen sich für dieses Thema interessieren, weil es ihnen auf der Seele brennt. Es verdient einfach mehr Aufmerksamkeit.

Was bedeutet es für einen Menschen, pflegebedürftig zu werden? Was bedeutet es, wenn man sich im Alltag nicht mehr selbst um alles kümmern kann, wenn man jeden Tag Unterstützung braucht? Versetzen wir uns in die Situation. Wie wertvoll ist es dann, wenn wir einen Menschen haben, der liebevoll pflegt, der einem vertraut ist, der einen bei den intimsten Dingen unterstützt, der Essen eingibt, der Medikamente gibt, sich einfach kümmert, die Wange streicht, die Hand hält, zuhört, mit einem redet, sich mitfreut oder tröstet.

Diesen unglaublich wichtigen Dienst, diesen wertvollen Dienst am Mitmenschen leisten pflegende Angehörige jeden Tag, jede Woche, rund um die Uhr. Dafür verdienen sie höchsten Respekt, höchste Wertschätzung, und deshalb ein ganz großes Vergeltens Gott an diese pflegenden Angehörigen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Über 80 % der Pflegebedürftigen werden in Bayern zu Hause gepflegt. Die Gesellschaft wird älter. Sehen wir uns das an: Die Zahl der Pflegebedürftigen wird eklatant steigen. Wenn wir den Bericht der Barmer anschauen, dann wissen wir, dass für 2040 bereits 870.000 Pflegebedürftige prognostiziert werden; für das Jahr 2060 kann das eine Million Pflegebedürftige bedeuten. Das war absehbar und kommt gar nicht überraschend. Um dieser immensen Aufgabe wirklich gerecht werden zu können, müssen wir gemeinsam intensiv und sofort Lösungen erarbeiten.

Natürlich braucht es eine Pflege der Pflegenden, damit würdevolles Leben auch bis in die letzten Tage möglich ist. Das heißt, wir brauchen attraktive Rahmenbedingungen, wir brauchen attraktive Pflegeberufe. Das heißt, wir brauchen neben ausreichend Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflegeplätzen auch Notdienste für Engpässe bei pflegenden Angehörigen. Wir brauchen eine Care-Zeit, ähnlich aufgesetzt wie eine Elternzeit. Wir brauchen Lohnersatzleistungen, wir brauchen auch Reha-Angebote für pflegende Angehörige; denn was nutzt der ausgebrannte Pflegende? – Gar nichts. Das muss durch die Krankenkassen auch finanziert werden. Wir brauchen natürlich die üblichen Dinge, die wir schon allgemein für alle Pflegekräfte fordern: Wir brauchen immens weniger Bürokratie, und wir brauchen einen sinnvollen Einsatz von modernen Technologien.

Nicht zu unterschätzen ist der Aspekt der Prävention und natürlich auch gut finanzierte, gut ausgestattete Reha-Angebote; denn jeder einzelne Tag, jeder einzelne Monat, jedes einzelne Jahr, das die Pflegebedürftigkeit nach hinten verschiebt, bedeutet nicht nur einen unermesslichen Gewinn an Lebensqualität für jeden einzelnen Menschen, sondern trägt dazu bei, dass wir dieser Aufgabe gerecht werden können.

Ja, diese Aufgaben müssen finanziell abgedeckt sein. Auch das ist wichtig. Es braucht die finanzielle Stabilität der Pflegeversicherung, die jetzt nach 30 Jahren schon ein gewisses Update notwendig hat. Nachdem die Sozialversicherungsbeiträge nicht ins Un-

ermessliche steigen können, sondern wir die Obergrenze von 40 % einhalten müssen, braucht es sicherlich auch mehr Steuermittel im System.

Wie kann das alles gelingen? – Am besten, wenn alle Akteure, alle Experten – auch die Praktiker im Übrigen – ihr Wissen, ihre Kompetenz und ihre Erfahrung gemeinsam einbringen. Wir fordern daher im Bund die Einrichtung einer Zukunftskommission für die Pflege, in der diese vorgenannten Themen dringend bearbeitet werden, die sich diese Themen vornimmt und löst. Neben den Akteuren aus Bund und Ländern gehören dazu alle an den Tisch, die mit dem Thema Pflege befasst sind. Dazu gehören die Kranken- und Pflegekassen, dazu gehören die Anbieter von Pflegediensten, dazu gehören Pflegeexperten, natürlich Vertreter der Pflegeberufe, ganz klar, und ja, auch Vertreter der pflegenden Angehörigen. Es braucht dringend einen großen Wurf. Es braucht dringend eine große Pflegereform, damit Pflege auch in Zukunft menschenwürdig und auch bezahlbar bleibt. Pflege darf auch kein Armutsrisiko sein.

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und aus der kann sich auch keiner rausziehen; denn das wird jeden Einzelnen von uns betreffen. Wir haben Verantwortung für die Menschen, die sich ein Leben lang – in der Arbeit, in der Familie, in der Gesellschaft – eingebracht haben und im Alter dann selbst Unterstützung brauchen. Lassen Sie uns diese Herausforderung jetzt gemeinsam angehen. Solidarität, Generationengerechtigkeit, Lösungswillen und Umsetzungsstärke sind jetzt das Gebot der Stunde. Es ist Zeit für ein gelingendes und zielführendes Miteinander.

Ich bitte herzlich um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Roland Magerl für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Roland Magerl (AfD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Pflege ist eigentlich das zentrale Thema und die größte Herausforderung unserer Zeit. Leider ist mir die Redezeit von meinem Vorredner ziemlich runtergekürzt worden, sodass das ein ganz kurzer Auftritt wird, obwohl das ein ganz wichtiges Thema wäre. Die CSU und die FREIEN WÄHLER haben mit ihrem Antrag wichtige Punkte angesprochen, die definitiv Unterstützung verdienen, die wir hiermit auch anzeigen.

Bloß reichen Worte allein in dem Fall eben nicht. Es braucht entschlossenes Handeln, und das am besten sofort. Weniger Bürokratie wurde angesprochen. Pflege darf auf keinen Fall ein Armutsrisiko sein. Da sind wir definitiv mit dabei.

Was ich explizit in der Kürze der Zeit rauspicken möchte, ist die Zukunftskommission Pflege. Ja, aber bitte nicht als Verzögerungstaktik. Die CSU fordert eine Zukunftskommission, um die Pflege langfristig sicherzustellen. Das ist eine sehr gute Idee, aber nur, wenn diese Kommission nicht zum Alibi für weiteres Hinausschieben wird. Wir brauchen keine jahrelangen Berichte, wir brauchen Entscheidungen, und zwar jetzt.

Deshalb fordern wir, dass die Kommission klare Fristen hat und dann konkrete Maßnahmen liefert. Innerhalb von höchstens sechs Monaten sollte ein Konzept zur Entlastung von Pflegebedürftigen und Angehörigen vorliegen. Innerhalb von einem Jahr sollte es möglich sein, dass ein Reformpaket zur Sicherstellung der Pflegefinanzierung vorliegt. Eine sofortige Initiative für bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege ist absolut unerlässlich.

Wir stimmen diesem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Andreas Hanna-Krahl für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Als kleine Replik auf die Ausführungen der Kollegin Carolina Traut-

ner: Solange wir dreijährig ausgebildete examinierte Pflegefachkräfte, die danach vielleicht noch eine zweijährige Fachweiterbildung gemacht haben, und solange wir Menschen, die sich für eine akademische Laufbahn im Pflegeberuf entschieden haben, im politischen Diskurs auf Wangenstreicher reduzieren, werden wir dieser Berufsgruppe, die aktuell die größte Gruppe im Gesundheitssystem in Bayern und in Deutschland stellt, definitiv nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das passt aber eigentlich ganz gut zu diesem Wahlkampfgetöse der CSU. In diesem Dringlichkeitsantrag stehen große Worte; inhaltlich ist er allerdings leer. Schauen wir uns die Wahrheit an. Frau Kollegin Trautner, die Expertinnen und Experten, die Sie zitiert haben und die Sie alle mit einbeziehen wollen, haben in den letzten Jahren alle reihum im Land und im Bund ihre Meinung abgegeben, und zwar seit Monaten. Seit genau diesen Monaten blockiert die Union auf Bundesebene die notwendigen Pflegegesetzreformen.

Ich nenne zuerst das Pflegekompetenzgesetz. Eine zentrale Forderung sämtlicher Vertreterinnen und Vertreter der Berufsgruppe wurde von der Union ausgebremst. Des Weiteren: Pflegeassistenz stärken, Berufsbilder aufwerten, alle Qualifikationen nutzen – das wurde alles von der Union auf Bundesebene blockiert. Pflegekräfte endlich eigenständig arbeiten lassen, statt sie weiter an veraltete Strukturen – Sie erinnern sich: Reduktion auf Wangenstreicher – zu binden. – Auch das wurde von der Union torpediert. Meine Damen und Herren, dieser Antrag ist das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jenseits meines gerechtfertigten Geschimpfes zurück zum Dringlichkeitsantrag der Union. Was könnte man auf bayerischer Ebene machen? – Wir könnten bzw. die Staatsregierung könnte in Bayern die Pflegeinfrastruktur ausbauen, anstatt sie nur zu verwalten. Sie könnte Pflegestützpunkte einrichten. In den sieben Jahren, die ich im

Bayerischen Landtag sitze, reden wir davon, dass wir flächendeckend Pflegestützpunkte brauchen; wir haben sie aber immer noch nicht. Die Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege müssen wir in Bayern massiv fördern. Außer "Pflegesonah" haben wir in dem Bereich nichts im Freistaat. Mobile multiprofessionelle Versorgungsteams müssen wir aufbauen; denn es braucht nicht jeder einen Heimplatz. Präventionsmanagerinnen und Präventionsmanager müssen wir in den Gesundheitsämtern einsetzen. Die Kommunen müssen wir unterstützen, damit sie bei der Pflegeplanung vorwärtskommen. Die Quartiersentwicklung müssen wir vorantreiben, um Pflege wohnortnah aufzustellen. Alternative Wohn- und Versorgungskonzepte müssen wir fördern, weil nicht jede bzw. jeder in ein großes Pflegeheim möchte. Zu guter Letzt müssen wir ein Modellprojekt wie eine bayerische Landespflegegesellschaft, wie wir es seit Jahren fordern, endlich umsetzen.

Langer Rede kurzer Sinn, mein Fazit lautet: Mit diesem Dringlichkeitsantrag macht die CSU hier im Bayerischen Landtag Bundestagswahlkampf, anstatt sachgerechter und zielgerichteter Pflegepolitik. Solche sinnlosen Anträge lehnen wir zu dieser Zeit ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! "Ein Weckruf für mehr Aufmerksamkeit" haben Sie in der Überschrift Ihres Antrags geschrieben. Das ist ja ehrlich. Das Problem ist nur, dass es offensichtlich mehr um die Aufmerksamkeit für die CSU geht.

Sie reden immer wieder davon: "Die Pflege groß denken". Letztens haben Sie sogar eine "Pflegerevolution" ausgerufen; aber dann folgt nichts. Auch heute bleiben Sie dabei: Stuhlkreis statt Verantwortung. Es muss ganz viel geredet und wichtiggetan werden; aber beim Thema Finanzierung schweigen Sie sich aus, und es wird bei Ihnen ganz still. Das ist alles nur eine große Geste. Das soll alles aus Steuermitteln

finanziert werden. Sich dann aber in die Büsche zu schlagen, wenn es an die Finanzierung geht, ist problematisch. Sie haben in Ihrem Antrag wieder einmal "keine Denkverbote" geschrieben. Das ist auch so eine nebulöse Floskel. Es fällt auf, dass Sie immer wieder die gleichen Textbausteine nutzen. Wissen Sie was: Bei der SPD hat es so etwas überhaupt noch nie gegeben.

(Zuruf von der CSU)

Wir werden Sie nach der Bundestagswahl an Ihren großen Worten messen. Sollten Sie in Regierungsverantwortung kommen, dann wird es sicherlich sehr spannend, wie Sie der Bevölkerung erklären, woher das Geld für die vielen milliardenschweren Forderungen an den Bund kommen soll. Wir haben es heute wieder erlebt. Die Steuerdiskussion war ja wieder sehr interessant. Das passt aber nicht mit dem zusammen, was Sie hier an Forderungen allgemeiner Art aufstellen. Alle unsere Vorschläge, die echt, konkret und vor allem unmittelbar in Bayern etwas bringen würden und die Familien entlasten würden, haben Sie in den Wind geschlagen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Warum haben Sie denn auf Bundesebene in den letzten drei Jahren nichts gemacht?)

Zum Beispiel ganz konkret bei den Heimkosten: Die Pflegebedürftigen und ihre Familien von den Investitions- und Ausbildungskosten zu entlasten, das kann man sofort machen, ohne irgendein Gesetz zu ändern. Sie wollten dabei aber nicht mitgehen. Deswegen bleibt Ihre Zukunftskommission leider eine Art moderierter Stuhlkreis, wenn es dabei bleibt, dass Sie Steuergelder nur fordern, aber nicht bereitstellen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Immer dieses ständige Geschimpfe!)

Sie haben hier vor dem Hohen Haus den Menschen schon eine Pflegeplatzgarantie versprochen; dann folgte aber gar nichts. Sie ist einfach verschwunden. So geht es aber nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Bernhard Seidenath von der CSU vor.

Bernhard Seidenath (CSU): Liebe Frau Kollegin Waldmann, liebe Ruth, nachdem du uns ja ins Stammbuch geschrieben hast, was wir alles tun sollen, müssen und können, möchte ich etwas fragen. Pflege ist uns allen gemeinsam als Gemeinschaftsanliegen wichtig. Ist dir bewusst, dass aktuell in Berlin die SPD das Pflege- und Gesundheitsressort verantwortet und dass dort in den letzten dreieinhalb Jahren im Hinblick auf Pflege überhaupt gar nichts passiert ist?

Ruth Waldmann (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht.

(Zuruf von der CSU: Doch!)

– Das stimmt überhaupt nicht; denn die Pflege ist bei der Krankenhausfinanzierung komplett aus der Finanzierung herausgenommen worden und wird extra vergütet. Wir haben ganz wichtige Meilensteine auf den Weg gebracht. Es ist ganz interessant übrigens: Schauen Sie mal in das Wahlprogramm der CDU/CSU zur Bundestagswahl zum Thema Pflege. Da steht nichts drin. Da kommt nichts. Das passt mit dem, was Sie hier im Hohen Haus mit großen Worten fordern, was alles neu gedacht werden und komplett neu aufgestellt werden muss, nicht zusammen. Das ist eine große Herausforderung. Es muss aber mehr kommen, anstatt nur zu sagen: "Man müsste mal".

(Beifall bei der SPD – Anna Rasehorn (SPD): Eine sehr gute Rede!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist der Kollege Thomas Zöllner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist betitelt mit: "Pfleget die Pflege! Ein Weckruf für mehr Aufmerksamkeit – auch und gerade auf Bundesebene". Ja, das ist ganz kurz vor der Bundestagswahl natürlich auch ganz wichtig. Ich habe es Ihnen in meiner letzten Rede zur Pflege hier schon einmal gesagt: In den ersten hundert Tagen der neuen Bundesregierung

muss unbedingt eine Pflegereform her. Es muss auch die Pflegeversicherung überarbeitet werden; denn jeder Cent, der in die Pflegeversicherung eingezahlt wird, soll da auch drinbleiben und da auch genutzt werden. Ich sage nur: 5 Milliarden Euro wurden für die Corona-Pandemie herausgenommen. Dieses Geld muss da auch wieder hinein.

Des Weiteren möge der Landtag beschließen, dass wir den unermüdlichen Einsatz der pflegenden Angehörigen würdigen. 80 % aller Pflegefälle werden in der Hauptlast von Angehörigen zu Hause gepflegt. Ihnen gilt es einen großen Dank auszusprechen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich für die Einrichtung einer Zukunftskommission im Bund für die Pflege einzusetzen. Natürlich hätte man das vielleicht schon alles haben können. Aber warum spricht es denn dagegen, das jetzt zu tun? Es wird doch dringend gebraucht. Es müssen natürlich alle Vertreterinnen und Vertreter der Pflege, die in der Pflege das Sagen haben und die in der Pflege arbeiten, mit hinein. Das wurde alles schon aufgezählt. Im Gegensatz zu unserem scheidenden Bundesgesundheitsminister sollten wir in Zukunft nicht über die Pflege in TV-Sendungen wie jener von Markus Lanz sprechen, sondern mit denjenigen, die in der Pflege arbeiten – sei es hauptberuflich oder im Ehrenamt.

Es stimmt, es liegt ein Pflegekompetenzgesetz in Berlin. Es wurde aber nicht verabschiedet. Wenn es noch verabschiedet worden wäre, hätten wir nachbessern können. Das wäre besser gewesen, als nichts zu tun.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Jetzt möchte ich Sie alle mitnehmen. Wir alle von den demokratischen Parteien sollten uns für die folgenden Punkte einsetzen, die mir ganz wichtig sind: Mehr Prävention von Pflegebedürftigkeit ist ein Thema, das ich als Patienten- und Pflegebeauftragter bei mir am Runden Tisch mit allen Playern im bayerischen Gesundheits- und Pflegewesen bearbeite. Quartiersmanagement, wir haben das schon gehört: Es ist ganz wichtig, vor Ort einen Kümmerer oder eine Kümmerin, Community Health Nurse oder

die nicht ganz richtig bezeichnete "Gemeindeschwester", zu haben. Die Hauptsache ist, dass wir Pflege vor Ort haben und dass wir es schaffen, die zu Pflegenden möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden zu halten.

Die Kommunen müssen schon viel tun. Vielleicht können wir sie dabei aber unterstützen. Dabei braucht es auch die Kurzzeit- und die Tagespflege, damit wir die pflegenden Angehörigen unterstützen. Ich könnte mir gut vorstellen, dass man das Geld, das beim Landespflegegeld demnächst nicht ausgezahlt wird, in die Tages- oder Kurzzeitpflege oder ins Quartiersmanagement steckt. Da sind wir doch zusammen, oder?

Wir brauchen attraktive Pflegeberufe, attraktiv dank guter Bezahlung und dank planbarer Arbeitszeiten. Für das Springerkonzept mit 7,5 Millionen Euro gibt es jetzt die ersten Ergebnisse. Wir werden sie in diesem Jahr bekommen. Ich hoffe, dass wir da wirklich etwas für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege tun können.

Bürokratie muss weg. Ich habe da so einen Ansatz zur Doppelprüfung des Medizinischen Dienstes und der Fachaufsicht der Landratsämter. Warum brauchen wir in den stationären Einrichtungen alles doppelt? – Einmal prüfen reicht. Ich würde mir sogar erlauben zu sagen: Man darf auch einen Tag vorher anrufen, damit es nicht wie ein Überfallkommando aussieht; denn an einem Tag macht man aus einer schlechten Einrichtung keine gute.

Es gibt viele Dinge. Wir müssen neue Technologien einführen, gerade auch Sturzmelder, Herdabschaltung oder Bewegungsmelder im Zimmer. Das kann alles eine riesen-große Erleichterung für die Pflegefachkräfte sein, die nachts ihren Dienst tun. Der Pflegeroboter kann auf dem Weg aufpassen, dass nichts passiert.

Jetzt ist es so wie immer: Wir brauchen Zeit in der Pflege. Die Zeit, zu reden, ist in der Pflege immer zu kurz. Aber da möchte ich an diejenigen denken, die gerade am Ende des Lebens für die Menschen da sind. Wir müssen sie unterstützen. Hospizvereine dürfen keine Bittsteller sein, sondern wir müssen sie wirklich unterstützen. Ihnen und

allen Menschen, die sich in der Pflege einbringen, sage ich ganz herzlich Danke schön.

Wir, die FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion, haben den Antrag mitgestellt und hoffen, dass nach meiner Rede jetzt auch die Opposition zustimmen kann.

(Zuruf: Sind Sie überzeugt?)

– Ich bin mir ganz sicher.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es gibt noch zusätzliche Redezeit durch eine Zwischenbemerkung. Dazu hat Kollege Andreas Hanna-Krahl von den GRÜNEN das Wort. Bitte.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Geschätzter Herr Kollege Zöllner, lieber Thomas, ich muss dich enttäuschen. Deine Rede hat mehr Fragezeichen bei mir hervorgerufen. Du hast in deiner Rede eindrücklich beschrieben, was der Freistaat Bayern diesbezüglich machen könnte. Meine Verständnisfrage an dich: Warum habt ihr das nicht in den Dringlichkeitsantrag geschrieben?

Thomas Zöllner (FREIE WÄHLER): Ich kann nur sagen, ich habe beschrieben, was ich gerne hätte. Das kann ja dann alles in die Zukunftskommission einfließen. Das können wir, lieber Andreas, gerne zusammen machen. Damit habe ich gar kein Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 19/5002 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das

Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Die SPD-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine Stimmenthaltungen. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.